

17. 01.1988 Am Rande der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration werden in Berlin ca. 120 Oppositionelle festgenommen, die unter der Losung „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ gegen die staatliche Bevormundung protestieren wollen.

20.01.1919 Geburtstag von Wladimir Gall († 09.09.2011), erster Kulturoffizier der SMAD 1945-1948 im Land Sachsen-Anhalt

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

01. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

15. Januar 2013

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Halle und der Kreisvorstand DIE LINKE. Saalekreis berufen für

**Freitag, den 15. März 2013, 17:30 Uhr
die Mitgliederversammlung
zur Aufstellung der Wahlkreisbewerberin / des Wahlkreisbewerbers
der Partei DIE LINKE für die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag
im Bundestagswahlkreis 72 Halle ein.**

Der Versammlungsort wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Einzuladende, stimmberechtigte Teilnehmer der Mitgliederversammlung sind die im Zeitpunkt des Zusammentritts der Versammlung im Wahlkreis zu den Wahlen des Deutschen Bundestages wahlberechtigten Mitglieder der Partei DIE LINKE. Der Wahlkreis umfasst die Stadt Halle (Saale), die Gemeinde Kabelsketal, die Stadt Landsberg und die Gemeinde Petersberg.

Die Bewerberin / der Bewerber wird in geheimer Wahl durch die stimmberechtigten Teilnehmer der Versammlung gewählt.

Vorschlagsberechtigt sind alle stimmberechtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung.

Den Versammlungsteilnehmern wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Konstituierung der Versammlung
2. Bericht der Mandatsprüfungskommission
3. Aufstellung der Kandidatenliste
4. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten
5. Wahl der Wahlkreisbewerberin / des Wahlkreisbewerbers
6. Wahl der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson
7. Schlusswort

Der Einberufungsbeschluss ist parteiöffentlich bekannt zu machen. Der Stadtvorstand DIE LINKE. Halle stellt die ordnungsgemäße Einladung aller Versammlungsteilnehmerinnen und Teilnehmer sicher, die erforderlichen Mitgliederdaten werden vom Kreisvorstand DIE LINKE. Saalekreis rechtzeitig übermittelt.

**DIE LINKE Halle (Saale)
lädt zum
Neujahrsempfang**

Am 21. Januar 2013 führen wir erstmalig einen „Alternativen Neujahrsempfang“ durch. Ab 10 Uhr werden wir mit Pavillion, Kaffee und natürlich auch mit Sekt vor der Arbeitsagentur in Halle-Neustadt sein. Wir möchten mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, ihnen Alternativen zum gegenwärtigen Krisenmanagement der Bundesregierung aufzeigen. Zum Beispiel durch Umfairteilen. Gespannt dürfen wir sein, ob und welche Vertreter der anderen im Stadtrat vertretenen Parteien unserer Einladung folgen.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
10.01.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 24.01.2013

20 Jahre



„kommunalpolitisches forum“
Sachsen-Anhalt e.V.

Veranstaltungsreihe zur Kommunalpolitik

Liebe kommunalpolitisch Interessierte,

**am Donnerstag, dem 24. Januar 2013
laden wir ein zum Thema:**

Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Als Referent und Diskussionspartner wird uns

Sven Knöchel, MdL,

Sprecher für Finanzpolitik, mit den Grundlagen des kommunalen Haushalts vertraut machen.

Ort: Halle (Saale), Blumenstr. 16

Zeit: 18 – 20 Uhr

Hinweisen möchten wir bereits jetzt auf die nächste Veranstaltung in dieser Reihe, die am 28. Februar zum Thema „Innenleben einer Stadtverwaltung“ mit dem Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), Herrn Dr. Bernd Wiegand (parteilos), stattfindet.

Wir laden zu unserer Veranstaltungsreihe insbesondere diejenigen ein, die darüber nachdenken, zu den Kommunalwahlen 2014 zu kandidieren. Selbstverständlich freuen wir uns, wenn auch derzeitige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker an unseren Veranstaltungen teilnehmen.

Freundliche Grüße
Marion Krischok
stellv. Vorsitzende

Nachruf

Nach einem erfüllten Leben verstarb unser
langjähriges Mitglied
Genossin Lieselotte Finneisen
am 4. Januar 2013 im Alter von 98 Jahren.

Wir werden sie in bester Erinnerung behalten.
BORiebeckplatz / Hofjäger

Planetarium in Halle muss Perspektive bekommen

Zu den Äußerungen vom Bildungsdezernenten Tobias Kogge im Bildungsausschuss sowie dem Bericht in der Mitteldeutschen Zeitung vom 09.01.2013 erklärt Hendrik Lange, Stadtrat in der Fraktion DIE LINKE in Halle:

„Das Planetarium in Halle muss erhalten bleiben. Es spielt eine wichtige Rolle für die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Halle. So wird diese Bildungseinrichtung oft von Schulklassen besucht. Hier kann naturwissenschaftliche Ausbildung interessant vermittelt und das Interesse an den Phänomenen des Universums auf niedrigschwellige Weise geweckt werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den sog. MINT-Fächern immer wieder Nachholbedarfe diagnostiziert werden, muss das berücksichtigt werden. Und nicht zuletzt besuchen auch viele erwachsene Hallenserinnen und Hallenser die vielfältigen Veranstaltungen im Planetarium.

Dieser Glücksfall für die halleseche Bildungslandschaft darf jetzt nicht wegen 20.000 Euro fehlender Haushaltsmittel geschlossen werden. Meine Fraktion wird daher einen Antrag auf Wiedereinstellung der Mittel in den Haushaltsplan stellen. Gleichzeitig muss die Stadt aber auch mehr für das Planetarium tun. Im Angesicht der anstehenden Probleme (veraltete Technik und Einrichtung, Standort im Hochwassergebiet) müssen Stadtrat und Stadtverwaltung eine Lösung finden. Das Planetarium braucht eine Perspektive. So ist die Vorstellung des Dezernats, es in das Saline-Ensemble einzufügen und eine neue Projektionstechnik mit dem MMZ für Rundprojektionen zu nutzen, eine interessante Idee, die allerdings finanziert werden muss. Wir stehen einer Diskussion auf jeden Fall aufgeschlossen gegenüber.“



Mehrere 10000 Menschen gedachten auch dieses Jahr der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Der Stadtverband Halle (Saale) stellte auch dieses Jahr gemeinsam mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis einen Bus, der auch voll war.

Erster Stammtisch „Meinungsfrei“

(mb) Zu einer festen Einrichtung soll der Politstammtisch „Meinungsfrei“, bestritten von Abgeordneten aus Bund und Land der Partei DIE LINKE werden.

Jeden zweiten Mittwoch im Monat können sich Interessierte ab 19.00 Uhr im Cafe ´Panta Rhei in der Dachritzstraße einfinden um Fragen los zu werden, ihre Meinung zu politischen Ereignissen kundtun oder sich einfach nur mal so mit Abgeordneten zu unterhalten.

Am 9. Januar fand der erste Stammtisch mit der Bundestagsabgeordneten Petra Sitte, den Landtagsabgeordneten Swen Knöchel und Hendrik Lange (alle auch Stadträte in Halle (Saale)) statt. Die Stadträte Ute Haupt und Rene ´Trömel komplettierten die Runde. Das Cafe ´ war bis auf den letzten Patz voll - von Politikverdrossenheit war an diesem Abend nichts zu spüren. In lockerer Atmosphäre konnte mit den einzelnen Abgeordneten und Stadträten dies und das diskutiert werden. Die Themen und die Runden wechselten völlig zwanglos, so dass nach meiner Einschätzung nicht nur die Gäste sich wohl fühlten. Der nächste Stammtisch wird also am 12. Februar, 19.00 Uhr im Cafe ´Panta Rhei stattfinden und ich wünsche mir, dass er eben so gut besucht werden wird wie am vergangenen Mittwoch.

Ausschreibung des Clara-Zetkin-Preises

DIE LINKE lobt anlässlich des Internationalen Frauentages 2013 zum dritten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Dieser Preis ist nach Clara Zetkin benannt. Als Mitbegründerin der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zusammen mit Käthe Duncker die Einführung eines internationalen Frauentages. Inspiriert von US-amerikanischen Feministinnen kämpften die Frauen für einen jährlichen Frauentag, der zunächst das Frauenwahlrecht einforderte. Bis zu diesem Beschluss hatte Clara Zetkin einen weiten Weg zurückgelegt. Noch 1889, auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen, erkannte sie „keine besondere Frauenfrage“ an. Politische Rechte galten ohne ökonomische Freiheit als wertlos. Zetkin setzte sich beharrlich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen ein, dies auch gegen die eigenen Genossen, die gegen die Frauenarbeit kämpften.

1892 wurde sie als Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ aktiv. Am Vorabend des neuen Jahrhunderts vertrat sie inzwischen konsequent die Unteilbarkeit politischer und sozialer Rechte für Frauen. Mehr als 100 Jahre später bleiben entscheidende Forderungen der Frauenbewegungen uneingelöst.

DIE LINKE als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt / eine Initiative, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützte Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und dazu ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld - Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke.

Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen. Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Wer kann sich bewerben?

Der Preis wird in einer Kategorie vergeben. Es soll ein aktuelles Projekt oder eine Initiative ausgezeichnet werden. Es können sich Initiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

-Engagement/ Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst

-Projekte, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen

Soziale Innovationen – Überlegungen zu einer Neuausrichtung der Innovationspolitik

Unlängst hat der Deutsche Bundestag (mal wieder) Fragen diskutiert, die sich mit der Ausrichtung der Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung verbinden. Dazu habe ich mich selbstverständlich auch mit unseren Kritiken und Überlegungen eingebracht.

Man bekommt von Seiten der Bundesregierung stets zwei Motive zu ihrer Innovationspolitik präsentiert: da ist zum einen die Rede von „großen Herausforderungen“ wie dem Klimawandel, der Knappheit fossiler Ressourcen, den demographischen Veränderungen oder neuen Lebensbedingungen in einer globalisierten und digital vernetzten Welt. Auf diese Herausforderungen sollten, so die Bundesregierung, die Instrumente der staatlichen Förderung ausgerichtet sein. So weit, so richtig.

Das zweite Motiv, welches der Forschungs- und Innovationspolitik zugrunde liegt, ist die Wettbewerbsfähigkeit auf sogenannten internationalen „Leitmärkten“. Auf der Homepage des Forschungsministeriums prangt der Satz: „Innovationen ‚Made in Germany‘ begeistern die Welt“ und meint (allerdings) allein Technik- und Technologieentwicklung. So weit, so einseitig. Bringt man beide Leitmotive der deutschen Innovationspolitik zusammen, zeigt sich der Denkfehler. Die zukünftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft brauchen zu ihrer Lösung ganz sicher Innovationen – natürlich auch technologische -, aber sind neue Technologien in erster Linie die angemessenen Problemlöser?

Wir meinen, der Fokus auf neue

Autos, Maschinen, digitale Netzwerke, Biotechnologien greift zu kurz, wenn wir die Zukunftsprobleme wirklich nachhaltig angehen wollen. Soziale, also nicht-technische Innovationen tragen mindestens ebenso zur Gestaltung der Zukunft bei.

Ich will das an zwei Beispielen illustrieren.

So werden von der Bundesregierung Elektrofahrzeuge in urbanen Räumen als Lösung für das Klima- und Ressourcenproblem der Automobilgesellschaft gesehen. Längst ist aber klar, dass wir gerade in großstädtischen Räumen um eine Verschiebung vom privaten Auto hin zu öffentlichen Verkehrsträgern nicht herumkommen. Man muss sich nur die täglichen Pendlerstaus in Ballungsräumen vor Augen führen, für die die Bahn alleine oftmals keine Alternativen bereithält. Hier nutzt auch kein Elektroauto. Man kann nämlich auch mit dem privaten Elektroauto prima im Stau stehen. Zudem verringert sich auch nicht die Zahl der Individualfahrzeuge und Straßenausbau samt weiterer Versiegelung von Landschaft bleibt unter dieser Perspektive ein heiß diskutiertes Thema. Ich bzw. DIE LINKE meint, dass vielmehr Bus, Bahn, Rad und Carsharing intelligent verknüpft und als Dienstleistungen aus einer Hand, etwa über die Nutzung auch von Smartphones entwickelt werden sollten. Diese notwendige Neuorganisation der städtischen Mobilität ist ein Paradebeispiel für soziale Innovationen. Technik ist auch hier ein Bestandteil, vor allem aber müssen Nutzerinnen und Nutzer Anreize für ein anderes Mobilitäts-

verhalten erhalten und Verkehrsträger auf neue Art und Weise kooperieren. Wir brauchen Wissen und Forschung, aber eben auch das Alltagswissen der Nutzerinnen und Nutzer, um solch eine Mammutaufgabe zu bewältigen! In Halle aber auch anderen Orts hat DIE LINKE ein umlagefinanziertes Modell für den öffentlichen Personennahverkehr zur Diskussion gestellt. Das ist auch soziale Innovation.

Mein zweites Beispiel ist das Problem der Welternährung.

Die Bundesregierung setzt hier ganz auf Erforschung transgener Pflanzen, die als geradezu unvermeidbar zur Lösung der Mangelernährung und Welthungerbekämpfung verkauft werden. Doch globale Mangelernährung und Hunger, so der umfassende Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung, hängt in erster Linie mit der ungleichen Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel sowie mit riesigen Verlusten aufgrund falscher Lagerung und langer Transportwege zusammen. Riesige Mengen an Nahrungsmitteln werden in reichen Industrieländern tagtäglich vor dem Hintergrund einer absurden Normierungspolitik vernichtet. Es gibt zwischenzeitlich aber auch Beispiele, in denen transgenes Saatgut als patentierte Importtechnologie die Probleme sogar verschärft hat. Damit ich nicht falsch verstanden werde. Genforschung auch an Pflanzen kann im zu prüfenden Einzelfall durchaus Entwicklungsoptionen aufzeigen. Aber sie unter dem Label >Lösung der Welternährung< zu rechtfertigen ist falsch. Das behaupten ja

nicht einmal jene, die an dieser Forschung beteiligt sind. Politisch sollten vor allem Ansätze gestärkt werden, die eine bessere Organisation und gerechtere Verteilung der Warenströme bewirken oder politische Instrumente, die eine gerechtere Preispolitik global und vor Ort durchsetzen helfen. Letztlich gilt es auch Modelle zu entwickeln, die die Landwirtschaften in den Ländern mit den größten Problemen an Hunger und Unterernährung stärken. Dass wir es hierbei mit ganz grundsätzlichen Eigentums- und Verteilungsfragen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu tun haben, will ich unbedingt anmerken, um dem Vorwurf vorzubeugen, wir doktorten nur an Symptomen herum. Solange diese grundsätzlichen Konflikte und Widersprüche aber nicht gelöst sind, bedarf es dennoch eines durchsetzbaren alternativen Politikansatzes.

Soziale Innovationen haben jedoch auch große Wirkung auf unsere eigene Wirtschaft.

Sie mobilisieren Impulse im öffentlichen Sektor oder in Dienstleistungsbranchen. In den letzteren sind immerhin drei Viertel der Beschäftigten tätig! Noch weniger bekannt ist: Diese erwirtschaften auch fast drei Viertel der Wertschöpfung. Daher sind wir auch im intensiven Gespräch mit den Gewerkschaften, die sich ebenso wie wir um ein Umsteuern bemühen. Die Expertenkommission Forschung und Innovation (eingesetzt von der Bundesregierung) hat bereits 2008 empfohlen, Innovationen im Dienstleistungssektor in der Breite stärker zu fördern. Die Bundesregierung dagegen konzentriert sich im Rahmen ihrer Hightech-

Strategie ungerührt auf die Klassiker Fahrzeuge, Maschinen, Chemie und Pharma. Etwa 5 Milliarden Euro schwer ist die jährliche Forschungsförderung allein des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Das Programm für Dienstleistungsinnovationen umfasst hingegen lächerliche 13,8 Millionen Euro. Das sind 0,3 Prozent!

Wir haben daher – auch in entsprechenden Anträgen – vorgeschlagen, die Förderung von Innovationen tatsächlich unter dem Vorzeichen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Wir brauchen eine stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen und Bedarfen orientierte Innovationspolitik, die auch auf Lösungen durch Dienstleistungen, alltagstaugliche Organisationskonzepte oder innovative Instrumente der politischen Steuerung setzt. Das alles hat aber nur dann eine reale Chance auf Umsetzung, wenn die Nutzerinnen und Nutzer gefragt werden.

Deshalb müssen auch viel mehr Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft mit an den Tisch, wenn Förderkonzepte erdacht werden. Wir wollen, dass die Bundesregierung die Positionen ihrer Expertenkommission und vergleichbare Positionen von ver.di, dem BUND und weiterer Verbände ernst nimmt. Und jeder bzw. jede einzelne Interessierte sollte die Entscheidungen mit beeinflussen mindestens aber nachvollziehen können.

Soziale Innovationen und innovative Dienstleistungen gehören längst ins Zentrum des Förderkataloges der Innovationspolitik dieses Landes.

Petra Sitte, 11.01.2013

Bundesregierung untätig gegen massive Strompreiserhöhung

„Die massive Strompreiserhöhung zum Jahreswechsel ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Es fehlt jeglicher politischer Wille, die Energiewende sozial ausgewogen zu gestalten“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Caren Lay, anlässlich der Strompreiserhöhungen zum 1. Januar 2013 von durchschnittlich 12 Prozent. Lay weiter:

Die Strompreise schießen seit Jahren durch die Decke. Die Bundesregierung hat bisher nichts getan, um das zu verhindern. Trotz öffentlicher Bekundungen von Bundesumweltminister Altmaier, der die hohen Strompreise als ungerechtfertigt geißelte, gab es nicht einmal den Versuch, die Preissteigerung abzufangen oder gar zu deckeln. Stattdessen wurden immer neue Ausnahmeregelungen und Privilegien für die Großindustrie, Stromkonzerne und Netzbetreiber auf Kosten der privaten Stromkunden geschaffen. Diese unsoziale Energiepolitik der Bundesregierung bedeutet nun für die 41 Millionen Haushalte in Deutschland Mehrkosten für Strom in Höhe von 17,8 Milliarden Euro. Immer wieder hat DIE LINKE im vergangenen Jahr Lösungswege aufgezeigt, die den Strompreis gesenkt hätten: Abschaffung der ungerechtfertigten Milliarden geschenke an die Großindustrie, Senkung der Stromsteuer, Einführung einer effektiven staatlichen Preisaufsicht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung kann also nicht behaupten, dass die hohen Strompreise alternativlos sind.

Ausstellung zum Thema: "Neofaschismus in Deutschland" ab 30. Januar 2013 im Ratshof.

Wir laden ein



zum Gedenken an einen Tag vor 80 Jahren, der Deutschland und die Welt veränderte.

Am 31. Januar 2013
um 19.00 Uhr im Stadthaus.

Begrüßung durch den
Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

WENN IHR NICHT NEIN! SAGT

– szenische Lesung

Mitwirkende:

Ronald Gruner, Hagen Möckel, Willi Preuk, Christina Seidel,
Peter Sodann, Dr. Kurt Wunsch

20.15 bis 21.15 Uhr

Halle - so wie es war | Teil III

Ein Dokumentarfilm zur Stadtgeschichte 1930-1950
von Michael Stabenow

Der Eintritt ist frei

Laßt uns das tausendmal gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht

Deutschland erwachte



Wahlplakat 1933

Am 30. Januar 1933

wurde dem Gefreiten die Macht
über Deutschland in die Hände gelegt.

Er hat sie genutzt.

Das tausendjährige Reich
ward Asche nach 12 Jahren.